

§ 6: Polizei und Jugendstrafrecht

Repression und Prävention liegen bei Jugendlichen und Heranwachsenden nah beieinander. Insofern wäre eine Beschränkung der Vorlesung Jugendstrafrecht auf die Beteiligten am Jugendgericht und die Vorgaben des JGG unvollständig. Eine äußerst wichtige und mitunter dominante Rolle im Umgang mit dem Phänomen Jugendkriminalität nimmt die Polizei ein, die sowohl präventiv als auch repressiv tätig wird.

I. Die Polizeidienstvorschrift 382

Die Polizeidienstvorschrift 382 regelt die „Bearbeitung von Jugendsachen“. Diese vom Arbeitskreis II „Innere Sicherheit“ der Innenministerien der Bundesländer im Jahr 1995 beschlossene Dienstvorschrift wurde bis 1996 in allen Bundesländern eingeführt. Nach dem Vorwort der Dienstvorschrift handelt es sich dabei um die „Grundlage für moderne polizeiliche Jugendarbeit“. Es gelte der Grundsatz „Prävention vor Repression“, weswegen auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Polizei und „anderen (originär) zuständigen Stellen“ angemahnt wird. Die Dienstvorschrift enthält im Wesentlichen Vorgaben zur Auslegung gesetzlicher Vorschriften und zur Ermessensausübung im Zusammenhang mit „Jugendsachen“.

Jugendsachen im Sinne der Vorschrift sind sowohl polizeiliche Vorgänge, an denen Minderjährige (Kinder und Jugendliche) beteiligt sind als auch polizeiliche Ermittlungsvorgänge gegen Jugendliche und Heranwachsende (Punkt 1.1 PDV 382).

Unter der Überschrift „Gefahrenabwehr“ werden die polizeilichen Aufgaben im Zusammenhang mit Jugendsachen als Abwehr von Gefahren beschrieben, die „Minderjährigen drohen oder von ihnen ausgehen“

(Punkt 2.1.1 PDV 382). Entsprechend ist eine Gefährdung Minderjähriger zunächst anzunehmen, wenn zu befürchten ist, dass sie selbst Opfer einer rechtswidrigen Tat werden oder aber sie Einflüssen ausgesetzt sind, die ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl derart beeinträchtigen, dass sie in die Kriminalität abzugleiten drohen (Punkt 2.2.1 PDV 382). Entsprechende Einflüsse bestehen nach der PDV unter anderem an Orten der Prostitution, des illegalen Glückspiels oder Drogenhandels und -konsums. Eine Gefährdung Minderjähriger kann aber auch dann angenommen werden, wenn sie einer rechtswidrigen Tat verdächtigt sind (Punkt. 2.2.5 PDV 382). Im Anschluss werden in der Dienstvorschrift nähere Angaben zu den polizeilichen Maßnahmen bei entsprechenden Gefährdungslagen gemacht, die, sofern möglich und vertretbar, in Abstimmung mit den Erziehungsberechtigten (insbes. Rückführung in die häusliche Gemeinschaft) und wo nötig mit dem Jugendamt durchzuführen sind (insbes. Inobhutnahme, vgl. Punkt 2.3 ff. PDV 382, vgl. auch die KK 104 ff.).

Unter der Überschrift „Ermittlungen im Strafverfahren“ enthält die Dienstvorschrift nähere Vorgaben zu Verfahrensgrundsätzen, der Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten, den Jugendämtern, der Jugendstaatsanwaltschaft und den Jugendgerichten, der Vernehmung von Minderjährigen als Zeugen und Beschuldigte (u.a. „im Hinblick auf die erzieherischen Zwecke des Jugendstrafverfahrens“ keine schriftlichen Äußerungen anstatt einer persönlichen Vernehmung, Punkt 3.6.18 PDV 382).

Den Abschluss der Dienstvorschrift bilden Vorgaben zu besonderen polizeilichen Eingriffsbefugnissen wie die Möglichkeiten der Freiheitsbeschränkung und -entziehung (Punkt 6 ff. PDV 382), körperlichen Untersuchungen und Durchsuchungen (Punkt 8 ff. PDV 382) und die Anwendung von unmittelbarem Zwang (u.a. gegenüber nach dem „äußeren Eindruck“ noch nicht 14-Jährigen kein Schusswaffengebrauch, Punkt 10.2 PDV 382).

II. Polizeiliche Zuständigkeiten in Jugendsachen

Entsprechend der föderalen Struktur der Polizei in Deutschland sind auch die Zuständigkeiten in Jugendsachen von Bundesland zu Bundesland verschieden. In Baden-Württemberg erfolgt die repressive Bearbeitung von Jugendkriminalität durch die Polizei nach dem Wohnortprinzip der betroffenen Jugendlichen durch sog. JugendsachbearbeiterInnen. In der PDV 382 heißt es hierzu: „Mit der Bearbeitung von Jugendsachen sind besonders geschulte Polizeibeamte (Jugendsachbearbeiter) zu beauftragen. Soweit solche nicht zur Verfügung stehen, sind andere geeignete Polizeibeamte einzusetzen“ (Punkt 1.6. PDV 382).

Die Präventionsarbeit erfolgt ebenfalls durch JugendsachbearbeiterInnen, darüber hinaus existieren Präventionsreferate bei den regionalen Polizeipräsidien, die unter anderem mit der Konzeption und Durchführung von Präventionsprogrammen, beispielsweise an Schulen, befasst sind (dazu sogleich).

III. Polizeiliche Präventionsarbeit mit Jugendlichen

Polizeiliche Präventionsarbeit meint in der Regel „Kriminalprävention“. Darunter versteht man seit den 1990er Jahren die Gesamtheit aller privaten und staatlichen Bemühungen, die auf die Verhinderung von Straftaten abzielen (*Meier* Kriminologie, § 10 Rn. 1).

Der darin liegende Paradigmenwechsel in der Kriminalpolitik kann auch als Abkehr von der Vision einer friedlichen Gesellschaft gedeutet werden. Darauf abzielende gesellschafts- und sozialpolitische Ansätze werden durch kleinteilige Präventionsprojekte ersetzt, die versprechen, präzise und zeitnah auf sich stetig wandelnde Bedrohungslagen reagieren zu können und damit letztlich Sicherheit zu gewährleisten (*Lampe* KrimOJ 2019, 116 [119]).

Der auf breite gesellschaftliche Zustimmung stoßende Slogan „Prävention statt Repression“ suggeriert dabei, Prävention sei das „sanfte“ Gegenstück zur strengen strafrechtlichen Repression durch Polizei und Justiz. Tatsächlich ist die präventiv-orientierte Sicherheitsarchitektur in Deutschland gekennzeichnet durch eine Entpersonalisierung und Entgrenzung des Sicherheitsdenkens und tritt damit nicht an die Stelle der strafrechtlichen Intervention, sondern ergänzt diese.

In der Kriminologie wird unterschieden zwischen universeller bzw. primärer Prävention, selektiver oder situativer bzw. sekundärer Prävention und indizierter bzw. tertiärer Prävention. In der Vorlesung Kriminologie I wird vertiefend auf die theoretischen Grundlagen und der Kritik des Präventionsdenkens eingegangen ([KK 253–283 der Kriminologie I-Vorlesung \[SoSe 2022\]](#)). Im Folgenden werden mit der Präventionsarbeit an Schulen und „auf der Straße“ zwei jugendspezifische Präventionsfelder vorgestellt, die im besten Fall einer jugendstrafrechtlichen Intervention auf Grundlage des JGG vorbeugen, mitunter aber einer solchen auch nur zeitlich vorgelagert sind.

1. Polizeiliche Präventionsarbeit an Schulen

Die Polizei ist in Deutschland an und für sich kein Bildungsträger. Dennoch wird ihr zugestanden, an Schulen kriminalitätsbezogene Bildungsangebote durchzuführen.

Unter dem Titel „Polizeiliche Prävention auf dem Stundenplan“ werden beispielsweise in Baden-Württemberg auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen Innenministerium und Kultusministerium von der Polizei Informationsveranstaltungen für Jugendliche, Lehrkräfte und Eltern an Schulen angeboten.

Die von PolizeibeamtInnen durchgeführten Veranstaltungen befassen sich mit den Kriminalitätsfeldern Gewalt (Zielgruppe: Klassenstufe 6 bis 8) und Drogen (Zielgruppe: Klassenstufe 6 bis 9). Zudem werden Veranstaltungen zum Thema Prävention von Mediengefahren (Zielgruppe: Klassenstufe 5 bis 7) und Gefahren im Straßenverkehr (Zielgruppe: ab Klassenstufe 5) angeboten. Neben primärpräventiven Elementen enthalten die Informationsveranstaltungen zu den Themen Gewalt und Drogen auch sekundärpräventive Elemente. Zwar ist die Veranstaltung „unabhängig von aktuellen Problemlagen“ konzipiert. Dennoch werden die teilnehmenden SchülerInnen zumindest auch als *potenzielle* Opfer und TäterInnen von Drogen bzw. Gewaltdelikten angesprochen.

Entsprechenden Veranstaltungen kann aus Perspektive der SchülerInnen durchaus ein gewisser Eventcharakter zugesprochen werden, unterscheiden sich von PolizeibeamtInnen geleitete Unterrichtseinheiten doch deutlich vom sonstigen Schulalltag. Für Lehrkräfte haben entsprechende Veranstaltungen den Mehrwert, dass polizeiliche Expertise zu aktuellen Phänomenen in den Unterricht eingebracht wird, die so bei den Lehrkräften nicht vorhanden sein kann (vgl. *Feltes/Schilling* in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.), S. 35 [42]).

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass der pädagogische Mehrwert entsprechender Veranstaltungen mitunter fraglich sein kann.

Kepura arbeitete 2019 auf Grundlage einer Gruppendiskussion unter PolizeibeamtInnen idealtypische Handlungsorientierungen heraus, die deren Arbeit an Schulen prägen (*Kupera* Präventionsarbeit der Polizei an Schulen – empirische Befunde, auf praeventionstag.de). Demnach lässt sich teilweise ein obrigkeitstaat-

liches Präventionsverständnis beobachten, dass sich auf das Klarmachen von Regeln in der Gesellschaft beschränkt und sich hierfür auf die angenommene abschreckende Wirkung von Strafrahmen fokussiert. Auf diese Weise lässt sich allenfalls (blinder) Gehorsam erreichen.

Pädagogisch anspruchsvoller ist dagegen die Befähigung Jugendlicher zur gesellschaftlichen Teilhabe und der Förderung von deren Mündigkeit, Eigenverantwortung, Selbstreflexion und Zivilcourage. Dabei kann es nicht allein um den Normgehorsam gehen, sondern vor allem um ein Normverständnis und die Normakzeptanz. Auch ein darauf ausgerichtetes Handlungsmuster wurde von *Kupera* unter den PolizeibeamtInnen beobachtet.

Ein gewisser pädagogischer Mehrwert kann daher entsprechenden polizeilichen Informationsveranstaltungen nicht grundsätzlich abgesprochen werden. Dennoch stellt sich die Frage, ob entsprechendes Wissen tatsächlich von PolizeibeamtInnen vermittelt werden muss. So dürften beispielsweise zu (möglichen) Gefahren des Drogenkonsums ÄrztInnen die kompetenteren AnsprechpartnerInnen sein. Auch kann man die anlasslose Präsenz von PolizeibeamtInnen im pädagogischen Kontext der Schule grundsätzlich kritisieren. Nicht alle Jugendlichen können der Polizei unbefangen gegenüber treten und einen Mehrwert aus solchen Veranstaltungen ziehen, insbesondere dann nicht, wenn mit repressiven Maßnahmen gerechnet werden muss (eine permanente Präsenz wie beispielsweise an Hamburger Schulen ist aus diesem Grund abzulehnen, vgl. das [Interview vom 29.8.2021 mit der Pädagogin Mielich auf taz.de](#)).

In jedem Fall ist aber eine kritische wissenschaftliche Begleitung der schulischen Angebote der Polizei angezeigt. Gerade in Baden-Württemberg scheint eine solche aber gerade nicht gewährleistet, erfolgt die kritische Begleitung hier doch allein durch die Polizei selbst (vgl. Landtag von Baden-Württemberg Drs. 17/2496, S. 6).

2. Polizeiliche Präventionsarbeit „auf der Straße“

Die Arbeit der Polizei „auf der Straße“ beinhaltet einerseits das (repressive) Verfolgen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten und andererseits die (präventive) Abwehr von Gefahren. Entsprechend können Jugendliche im Kontext der polizeilichen Jugendsachbearbeitung im öffentlichen Raum als „Gefahrenquellen“ oder als „Gefährdete“ eingeordnet werden, was jeweils unterschiedliche polizeiliche Reaktionsmöglichkeiten eröffnet.

a) Jugendliche als „gefährdete“ Personen

Folgt die Polizei aus dem Aufenthalt von Jugendlichen deren Gefährdung, besteht ihre Präventionsarbeit laut Polizeidienstvorschrift 382 darin, die Jugendlichen nach Hause zu schicken, ihre Abholung durch Erziehungsberechtigte zu veranlassen, die Jugendlichen selbst nach Hause zu bringen oder aber dem Jugendamt zu übergeben (Punkt 2.3 PDV 382). Dass sich die Praxis polizeilichen Jugendschutzes hierauf nicht beschränkt und vielmehr den konkreten Situationen angepasst wird, zeigen sozialwissenschaftliche Untersuchungen bzw. Beobachtungen zum Polizeialltag. Zuletzt veröffentlichte *Zurawski* im Jahr 2020 Einblicke in eine von ihm durchgeführte Feldstudie zur Polizeiarbeit im Bereich des Jugendschutzes. Dafür hatte er zwischen September 2017 und März 2018 Einsätze der Hamburger Polizei im Bereich des Jugendschutzes begleitet und seine Beobachtungen notiert (*Zurawski CILIP 123 (09/2020), S. 62-69*; vgl. zur empirischen Methode „Teilnehmende Beobachtung“ die [KK 246 der Kriminologie I-Vorlesung \[SoSe 2022\]](#)). Dabei schildert er drei „ethnografische Vignetten“ in denen es teilweise „auf der Straße“, teilweise auch im häuslichen Kontext zu Begegnungen zwischen in Zivil auftretender Jugendpolizei und Jugendlichen kommt.

Die erste Vignette wird von ihm dabei mit „Auf dem Jahrmarkt“ titulierte. Hier greifen die PolizistInnen unter anderem in eine Schubserei zwischen zwei heranwachsenden Personen ein, führen ein belehrendes Gespräch und sprechen einen Platzverweis aus. Eine Gruppe junger Mädchen, die untereinander in Streit geraten sind, wird von den PolizeibeamtInnen auf einen etwaigen unzulässigen Alkoholkonsum kontrolliert. Letztendlich bleibt die Kontrolle ergebnis- und folgenlos.

Die zweite von *Zurawski* gebildete Vignette beschreibt ein Norm- und Hilfesgespräch, bei dem zwei Kinder (11 und 14 Jahre), die Opfer eines Übergriffs geworden sind, von zwei PolizeibeamtInnen zuhause besucht werden. Im Beisein der Mutter vermitteln sie den Kindern ein Grundverständnis für Gewalt und die darauffolgenden Reaktionsmöglichkeiten seitens der Opfer und der Polizei. Parallel wird das Geschehene mit den Kindern versucht aufzuarbeiten und eine Anzeige geschrieben.

Die dritte Vignette beschreibt polizeiliche Streifenfahrten, bei denen die PolizistInnen Gruppen von Jugendlichen an typischen Aufenthaltsorten aufsuchen und dabei eine Personenkontrolle durchführen. Nach Aussage eines beteiligten Polizisten geht es ihnen dabei vor allem darum, Vertrauen aufzubauen, indem sie die Jugendlichen kennenlernen und die Jugendlichen sie.

Zurawski beschreibt die Arbeit der von ihm begleiteten PolizistInnen im Bereich des Jugendschutzes als „hochgradig ambivalent und problematisch“. Zum einen befänden sich die PolizistInnen in einer Doppelrolle. So sei der staatliche Wille zu Ordnung, Herrschaft und Vermittlung eines polizeilichen Normen- und Gehorsamsverständnisses stets erkennbar und stehe dabei im Widerspruch zum Selbstverständnis der BeamtInnen als zugewandte verständnisvolle Bezugspersonen für die Jugendlichen. Ihr Handeln bleibt stets dem Legalitätsprinzip verpflichtet, das beim Verdacht einer Straftat zur polizeilichen Intervention zwingt, auch wenn eine solche für das angestrebte Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen kontraproduktiv ist.

Als problematisch beschreibt *Zurawski* vor allem seine Beobachtung, dass in erster Linie sozial schwächere und marginalisierte Gruppen von den PolizistInnen aufgesucht werden. Kontakte zwischen den PolizistInnen und sozial besser gestellten Jugendlichen konnte er dagegen kaum beobachten, vermutlich weil diese sich gerade nicht an den von den PolizistInnen als gefährlich eingestuften Orten aufhielten. Dabei sieht *Zurawski* durchaus die Gefahr einer Stigmatisierung bestimmter Gruppen Jugendlicher auch im Rahmen eines präventiv motivierten Polizeikontakts. Im Zweifel, so *Zurawski* weiter, werden die Jugendlichen dadurch in ihrem Entfaltungsspielraum eingeschränkt. Tatsächlich dürfte polizeilich-präventives Handeln schnell in polizeilich-repressives Handeln umschlagen, wenn entsprechende Anhaltspunkte gegeben sind. Das hiervon vor allem sozial schwächere und marginalisierte Jugendliche betroffen sind, ist mehr als bedenklich (vertiefend zum Phänomen „Racial Profiling“ die [KK 186 ff. der Kriminologie I-Vorlesung \[SoSe 2022\]](#)).

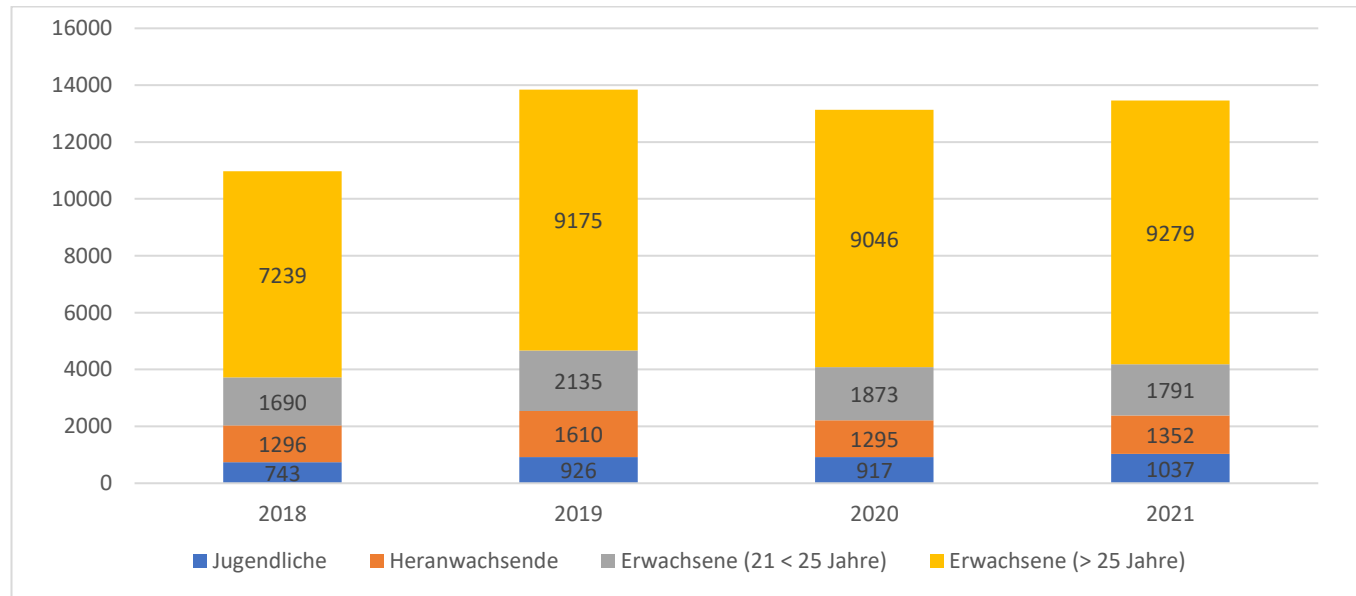
b) Jugendliche als „gefährliche“ Personen

Dieser Stigmatisierungseffekt zeigt sich insbesondere dann an „gefährlichen Orten“, wenn die sich hier aufhaltenden Jugendlichen von der Polizei als (potenzielle) „Gefahrenquellen“ eingeordnet werden. An diese Einordnung knüpfen grundrechtsrelevante Eingriffsbefugnisse, unter anderem die anlasslose Personenkontrolle nach § 27 I Nr. 3 PolG-BW an. Nach der Polizeidienstvorschrift 382 ist diese Maßnahme ohne Weiteres auf Kinder und Jugendliche anwendbar (Punkt 9.1.3 [Kinder] und 9.2 [Jugendliche] der PDV 382). Neben den in Zivil auftretenden JugendsachbearbeiterInnen der Polizei treten hier auch uniformierte (Bereitschafts-)polizistInnen in Erscheinung, die in größeren Städten in Baden-Württemberg insbesondere an Wochenenden und in den Nächten auf Feiertagen eingesetzt werden. So sieht auch die zwischen der Stadt

Freiburg und dem Land Baden-Württemberg geschlossene „Sicherheitspartnerschaft“ unter anderem die Aufstockung der Polizeikräfte des Polizeipräsidiums Freiburg vor, die im öffentlichen Raum verstärkt präsent sein sollen. Hierzu gehört auch die regelmäßige Durchführung von Fahndungs- und Kontrollaktionen (Partnerschaft „Sicherer Alltag“, S. 4).

Auf solche Kontrollen reagieren Jugendliche nicht immer mit Verständnis, was auch darin begründet sein dürfte, dass Polizeikontrollen im Allgemeinen mit einer Sanktionserwartung der Kontrollierten verbunden sind. Dementsprechend sind Unmutsbekundungen kontrollierter Jugendlicher alles andere als überraschend, als problematisch werden aber insbesondere ebenfalls vorkommende gewaltsamen Widerstandshandlungen beschrieben (vgl. etwa die [PKS 2022 des Polizeipräsidiums Stuttgart](#), S. 14 f.). Fallzahlen hierzu werden nicht erhoben. Eine erste Annäherung versprechen aber die Zahlen aus dem Bundeslagebild Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, in dem unter anderem tätliche Angriffe auf PolizeivollzugsbeamtInnen enthalten sind (§ 114 StGB stellt den tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte allgemein unter Strafe, weswegen vorliegend nicht auf die allgemeinen PKS-Zahlen zurückgegriffen wird). Die Altersverteilung der eines tätlichen Angriffs nach § 114 StGB gegen PolizeivollzugsbeamtInnen Verdächtigen zeigt dabei durchaus eine Überrepräsentation jugendlicher und heranwachsender Tatverdächtiger im Vergleich zu ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung. Zwischen 2018 und 2022 stieg die Anzahl tatverdächtiger Jugendlicher bei insgesamt ansteigenden Tatverdächtigenzahlen von 743 auf 1037, wobei der Anteil an allen Tatverdächtigen im selben Zeitraum von 6,7 % auf 7,7 % anstieg. Die Anzahl tatverdächtiger Heranwachsender wiederum stieg von 1.296 auf 1.352 an, was einem Rückgang des Anteils an allen Tatverdächtigen von 11,8 % auf rund 10 % entspricht. Im Ergebnis handelt es sich bei Gewalt gegen PolizeibeamtInnen also keineswegs um ein jugendspezifisches Problem. Vielmehr lässt sich zumindest unter Heranwachsenden sogar ein anteiliger Rückgang beobachten.

Tatverdächtige tätlicher Angriff auf PolizeivollzugsbeamtInnen (§ 114 StGB), 2018–2021



Quelle: BKA (Hrsg.) Bundeslagebilder Gewalt gegen PolizeivollzugsbeamtInnen/-beamte 2018–2021, eigene Darstellung.

Insgesamt darf bei der Interpretation entsprechender Zahlen aber auch die Definitionsmacht der Polizei nicht außer Acht gelassen werden. Die Dokumentation entsprechender „tätlicher Angriffe“ erfolgt zunächst allein durch die Polizei, die dementsprechend auch darüber entscheidet, welche Handlungen/Taten Eingang

in die polizeilichen Statistiken finden. Die staatsanwaltschaftliche oder gerichtliche Bewertung des Sachverhalts findet in den Polizeistatistiken keine Berücksichtigung. Der Anstieg der Fallzahlen ist daher nicht zwingend mit einer Zunahme tätlicher Angriffe zurückzuführen, sondern kann auch das Ergebnis einer zunehmenden Sensibilisierung der PolizeibeamtInnen sein (kritisch zur Aussagekraft von PKS Zahlen im Allgemeinen die [KK 225 ff. der Kriminologie-I Vorlesung \[SoSe 2022\]](#)).

Die Polizei jedenfalls reagiert auf die eigenen Befunde zur Gewalt gegenüber PolizeibeamtInnen in Baden-Württemberg unter anderem mit einem weiteren Präventionsprogramm: Das Programm „Respekt ist ein Bumerang“ soll Jugendliche ab 16 Jahren ein Verständnis für polizeiliches Einschreiten vermitteln und (gewaltsame) Konfrontationen zwischen kontrollierenden PolizeibeamtInnen und kontrollierten Jugendlichen vorbeugen (vgl. [Vorstellung des Projekts im Programm des Präventionstags 2023 in Mannheim](#)). Messen lässt sich der „Erfolg“ eines solchen Präventionsprogramms freilich nicht, „Schaden“ geht von diesem Format aber zumindest nicht aus – jedenfalls wenn die Teilnahme für die Jugendlichen freiwillig ist.

Von anderen Entwicklungen lässt sich das dagegen nicht mit Sicherheit sagen. Im letzten Jahr wurden in Baden-Württemberg de facto weitere Kontrollbefugnisse für Polizeikräfte gegenüber Jugendlichen geschaffen und damit weitere konflikträchtige Situationen zwischen Polizeikräften und Jugendlichen heraufbeschworen. Die Rede ist von der Einführung sog. Messerverbotzonen. § 42 VI WaffG ermächtigt die Landesregierungen, die Kommunen wiederum mittels Rechtsverordnung zu ermächtigen, sog. Messerverbotzonen einzuführen. In diesem Sinne hat die baden-württembergische Landesregierung im September 2022 die Waffenverbotszonensubdelegationsverordnung (GBl. S. 497) geschaffen und den Kommunen ebendiese Möglichkeit eröffnet. Stuttgart machte davon im Februar 2023 Gebrauch ([Waffen- und Messerverbotzonen](#)).

[nenverordnung der Stadt Stuttgart](#)). Im Vorfeld waren insbesondere messertragende Jugendliche und Heranwachsende als Problem ausgemacht worden. Verboten ist seitdem im Gebiet der Stuttgarter Innenstadt nicht nur das unberechtigte Mitsichführen von Waffen im Sinne des WaffG, sondern zumindest an Wochenenden auch das Mitsichführen von Messern mit einer festen oder feststellbaren Klingenlänge von über 4 cm (§ 1 Waffen- und Messerverbotzonenverordnung der Stadt Stuttgart). Wer sich hierüber hinwegsetzt, begeht eine Ordnungswidrigkeit. Es droht also nicht allein die die Einziehung der Waffe oder des Messers durch die kontrollierenden PolizeibeamtInnen, sondern auch ein Bußgeld (§ 4 I Waffen- und Messerverbotzonenverordnung der Stadt Stuttgart i.V.m. § 53 I Nr. 23, II WaffG). Mit der Einführung der Regelung zielte die Stadt Stuttgart explizit auf messertragende Jugendliche und Heranwachsende ab.

Neben der Verhinderung von Messerdelikten, erhofft man sich von der Messerverbotzone auch eine Stärkung des subjektiven Sicherheitsempfindens der sich im Bereich der Stuttgarter Innenstadt aufhaltenden Personen. Hieraus ergibt sich im Hinblick auf die Messerverbotzonen ein gewisses Paradoxon. Erhebungen unter Jugendlichen aus Deutschland zeigen gerade, dass mit dem Mitsichführen von Messern auch latente Unsicherheitsgefühle kompensiert werden sollen. Jugendliche, die bereits Opfer von Gewalt wurden, führen signifikant häufiger ein Messer bei sich, womit sich das Mitsichführen als Schutz vor einer wiederholten Viktimisierung deuten lässt (vgl. *Baier/Bergmann* Kriminalistik 2018, 275 [280]). Eine interessante Anschlussfrage wäre insofern, warum die Jugendlichen sich diesen Schutz von einer persönlichen Bewaffnung und nicht von der Polizei versprechen. Eine von der Polizei unabhängige Evaluation der Stuttgarter Waffenverbotszone, die über das Zählen der eingezogenen Messer hinausgeht, wäre durchaus angezeigt (kritisch auch [LSH Newsletter-Beitrag vom 1.7.2022 < Fürchtet euch \(nicht\): Die Messerverbotzone kommt! >](#)).

Im Ergebnis bleibt die ernüchternde Befürchtung, dass die dem Spannungsverhältnis Polizei-Jugendliche zugrunde liegenden Problemlagen zu komplex sind, als dass polizeiliche Präventionsarbeit hieran etwas ändern könnte. Erinnerung sei daher erneut an das Mantra von der Sozialpolitik als der besten Kriminalpolitik.

IV. Polizei und Soziale (Jugend)arbeit

Die Handlungslogiken der in der sozialen Arbeit mit Jugendlichen Tätigen (wozu auch die in § 5 der Vorlesung vorgestellte Jugendgerichtshilfe zählt) unterscheidet sich deutlich von den Handlungslogiken der Polizei. Noch in den 1970er und 80er Jahren folgten hieraus zwischen PolizeibeamtInnen und Sozialarbeitenden zahlreiche Vorurteile und Vorbehalte. Seit den 1990er Jahren lässt sich dagegen eine zunehmende Kooperation zwischen Polizei und Sozialer Arbeit im Umgang mit Jugendlichen beobachten, die auch von Seiten der Sozialwissenschaften nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt wird, sondern eher kritisch begleitet wird.

Damals wie heute lässt sich die **Handlungslogik der sozialen Arbeit** als Vertrauens- und Beziehungsarbeit zur gesellschaftlichen Integration auf freiwilliger Basis umschreiben (vgl. *Feltes/Schilling* in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.), S. 35 [42]). Während Jugendliche der Polizei häufig mit einer Sanktionserwartung gegenüber treten, kann die Kontaktaufnahme mit Sozialarbeitenden durchaus auch mit einer Nutzenerwartung verbunden sein (*Möller* in: Dollinger/Schmidt-Schemisch (Hrsg.), Handbuch Jugendkriminalität, S. 427 [431]).

Das praktische Selbstverständnis der Sozialarbeitenden war zuletzt Gegenstand einer empirischen Untersuchung. Die insbesondere im Begriff der „Jugendgerichtshilfe“ (dazu bereits die KK 91 f.) zum Ausdruck kommende Vorstellung, es handele sich bei den hier Tätigen um „eifrige Erfüllungsgehilfen“ des propagierten kriminalpolitischen Präventionsverständnisses wurde von *Lampe* in einer qualitativ-empirischen Untersuchung kritisch hinterfragt (*Lampe* KrimOJ 2019, 116–1479).

Hierfür führte *Lampe* Interviews mit 24 professionellen AkteurInnen der Jugendkriminalprävention in Bremen, um im Ergebnis deren Präventionsverständnis rekonstruieren zu können. Diese stammten mehrheitlich (14 von 25) aus der freien, offenen, sozialen und therapeutischen Jugendarbeit.

Erfragt wurden unter anderem deren Erklärungsansätze für Jugendkriminalität, wobei sozialätiologische Ansätze zu dominieren scheinen (*Lampe KrimOJ* 2019, 116 [124]). Demnach liege kriminelles Verhalten nicht in der Persönlichkeit der beispielsweise gewalttätigen Jugendlichen, sondern sei vielmehr das Ergebnis diverser sozialer Problemlagen (zu dieser Kriminalitätstheorie vertiefend die [KK 69 ff. der Kriminologie I-Vorlesung](#) [SoSe 2023]). Ihre Aufgabe sehen die im Bereich der Jugendkriminalprävention Tätigen dementsprechend vor allem im Abfedern sozialer Fehlentwicklungen, ohne dabei Hoffnung auf eine generelle Verbesserung der sozialen Situation in Bremen zu haben (*Lampe KrimOJ* 2019, 116 [124]).

Interessant sind auch die Erkenntnisse von *Lampe* zu den mit der Präventionsarbeit im Einzelfall verfolgten Zielen. Anders als bei VertreterInnen der Polizei und Justiz, spielt der Aspekt der Sicherheit der Gesellschaft vor den Jugendlichen nur eine untergeordnete Rolle. Wichtiger erscheint eher der Aspekt der Sicherheit für die Jugendlichen zu sein, etwa im Angesicht aufenthaltsrechtlicher oder existenzieller Krisen. Für die Jugendlichen soll auf lange Sicht eine (Re-)Integration in bestehende Institutionen und Organisationen wie Schule oder Erwerbsarbeit erreicht werden, wovon im Endeffekt auch wieder die Gesellschaft profitiert (*Lampe KrimOJ* 2019, 116 [131]). *Lampe* beobachtete in seinen Interviews eine gewisse Zurückhaltung jedenfalls gegenüber standardisierten-strafrechtlichen Reaktionsformen, die allerdings im Zweifel auch dem Opferschutz preisgegeben wird, beispielsweise in Fällen von gelebtem Extremismus bei Jugendlichen (*Lampe KrimOJ* 2019, 116 [134 f.]).

In Übereinstimmung mit dem Jugendstrafrecht vertritt die Mehrzahl der Interviewten eine professionelle Problemdeutung (*Lampe* KrimOJ 2019, 116 [141]). Dabei erscheinen kriminelle Jugendliche als „Mängelwesen“, die der professionellen Führung bedürfen, um die ihnen zugeschriebenen Probleme zu lösen. Erforderlich für eine erfolgreiche Präventionsarbeit ist insofern die Übernahme der professionellen Problemdeutung durch die Jugendlichen. Die von *Lampe* auch, aber in geringerem Umfang, beobachtete Alternative ist die Zurücknahme der eigenen professionellen Deutungsmuster abweichenden Verhaltens zugunsten der kommunikativen Aushandlung mit den Jugendlichen selbst (*Lampe* KrimOJ 2019, 116 [141]). Ein solcher Ansatz kann in einem auf der Autorität des Jugendgerichts oder der Jugendstaatsanwaltschaft aufbauenden System eigentlich gar nicht verfolgt werden.

Die AkteurInnen, die eher auf ein kommunikatives Aushandeln mit den Jugendlichen setzen, sind auch eher bereit, sich bei unklarem und in der Folge noch nicht mit Sicherheit abschätzbarem Verhalten der Jugendlichen mit einer Intervention zurückzuhalten. Diese Methode beschreibt *Lampe* als „riskantes Aushalten“. Verhindert werden dadurch stigmatisierende Effekte infolge einer Intervention. Außerdem werden den Jugendlichen auf diese Weise Lern- und Erfahrungsräume offengehalten. Demgegenüber scheint die Mehrheit der Sozialarbeitenden angesichts sich abzeichnender Fehlentwicklungen eine frühe Intervention zu befürworten. Die Intervention selbst wird dabei als Grundlage möglicher positiver Verhaltens- und Charakteränderungen angesehen (*Lampe* KrimOJ 2019, 116 [141]).

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass sich die im Bereich der Jugendkriminalprävention Tätigen aus dem Bereich der Sozialen Arbeit zur kriminalpräventiven Agenda nicht querstellen (dahingehend auch die Beobachtungen bei *Wehrheim* in: Wehrheim [Hrsg.] Sanfte Kontrolle? 2021, S. 12–14).

Das überrascht wenig, wenn man bedenkt, dass ihre Arbeit regelmäßig mit öffentlichen Geldern finanziert wird und damit natürlich auch gewisse Erwartungshaltungen von Seiten der Geldgebenden (Kommunen, Landkreise usw.) bestehen. Eindringlich wird diese Erwartungshaltung von *Feltes/Schilling* beschreiben:

„In der Wahrnehmung kommunaler Entscheidungsträger im Wohlfahrtsstaat scheint Sozialarbeit ein Werkzeug zu sein, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Gelingt dies der Polizei nicht, wird der Ruf nach Sozialarbeit laut, um den Jugendlichen zu zeigen, wie man sich ordentlich in die Gesellschaft integriert und dabei sich nach 22 Uhr ruhig verhält – so die Vorstellung.“

(*Feltes/Schilling* in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.), S. 35 [47])

Gleichzeitig bietet der Bereich der Jugendkriminalprävention, der nicht von der Polizei, der Jugendstaatsanwaltschaft und den Jugendgerichten bearbeitet wird, auch Räume für neue Konzepte und Ideen im Umgang mit Jugendlichen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Räume auch in Zukunft erhalten bleiben und sich gegenüber einer zunehmenden polizeilichen und staatsanwaltlichen Vereinnahmung behaupten können.

Literaturhinweise

Die PDV 382 ist online abrufbar unter <https://fragdenstaat.de/dokumente/1995/>

Grundlegend zum Verhältnis Soziale Arbeit und Polizei im Bereich der Jugenddelinquenz: *Pütter Soziale Arbeit und Polizei*, 1. Auflage 2022, S. 76–120.

Ausführlich (und kritisch) zu polizeilicher Präventionsarbeit *Feltes/Schilling Polizei und junge Menschen – mehr präventive Repression?*, in: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.) *Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter. Perspektiven zentraler Handlungsfelder; Beiträge aus dem Fachforum „Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter – erziehende Herausforderung für alle beteiligten Institutionen“* im Rahmen des 18. Deutschen Präventionstages, S. 35–65.